

ihre männlichen Komplizen dem Vater als „Bekannte“ vor, so daß dieser keinen Verdacht schöpfte. Die beiden Entführer, Horeis und Tietze (s. Bild Seite 96), erhielten vom SSD Prämien von je 5000 Westmark. Kurze Zeit später konnten beide in Westberlin verhaftet werden. Tietze war gerade dabei, einen in Westberlin gestohlenen Kraftwagen nach Ostberlin zu schmuggeln.

Am 4. Februar 1956 holte der Staatssicherheitsdienst zu einem neuen Schlag aus. An diesem Tag wurde der frühere Inspekteur der Volkspolizei, Robert Bialek, aus Westberlin entführt. Auch in diesem Fall hatte der SSD besonders sorgfältige Vorbereitungen getroffen. Einer der Entführer, der frühere Volkspolizeimeister Paul Drzewicki, war schon Monate vorher vom SSD geworben worden. Als schon jahrelang in Westberlin lebender Flüchtling hatte er sich in das Vertrauen Bialeks einzuschleichen, was ihm auch gelang. Am Tag der Entführung lud D. zur nachträglichen Feier seines Geburtstages Bialek ein. Man feierte in dem möblierten Zimmer des D., das dieser am 1. Februar gemietet hatte. Gleichfalls anwesend waren eine angebliche Nichte des D. aus Thüringen und ein Volkspolizeimeister aus Ostberlin, der Bialek als „Gesinnungsgenosse“ vorgestellt wurde. Heimlich fügte die Bande ein betäubendes Gift in Bialeks Getränke. Die Ahnungslosigkeit des Hauptmieters, auf den D. keinen ungünstigen Eindruck gemacht hatte, verhalf den Agenten dazu, mit seiner Hilfe den betäubten Bialek in aller Ruhe aus der Wohnung zu tragen. Man setzte Bialek in ein „herbeigerufenes“ Auto, das natürlich schon seit Stunden eine Ecke weiter auf diesen Zeitpunkt wartete, um ihn in das nächste „Krankenhaus“ zu bringen. Das „Krankenhaus“ war der im Sowjetsektor wartende Staatssicherheitsdienst . . .

Diffamierung, Verleumdung und Fälschung

Das Einschleusen von Spitzeln, die Organisation von Spionage in großem Stil und Entführungen sind nicht die einzigen Interessengebiete, denen der SSD im Westen nachgeht. Seit einiger Zeit werden Versuche sichtbar, eine Art Nervenkrieg gegen westliche Einzelpersonen, Organisationen, Parteien, Behörden und Institutionen zu eröffnen. Vielfach sind solche Versuche noch recht dilettantisch, so daß sie sehr oft schon auf den ersten Blick ihren Urheber erkennen lassen. Allem Anschein nach wird man sich schon in nächster Zeit auf eine Häufung derartiger Störungsversuche und eine Verbesserung der dabei angewandten Methoden gefaßt machen müssen.

Am gebräuchlichsten in diesem neuen Zweig der SSD-Arbeit im Westen scheinen vorerst gefälschte Briefe zu sein. Mit ihrer Hilfe versucht man, im westlichen Lager Verwirrung zu stiften, gegenseitige Aversionen zu nähren, Vertrauenskrisen herbeizuführen und mißliebige Personen und Organisationen zu diffamieren.

Da erhalten eines Tages Westberliner Rechtsanwälte ein Schreiben des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen, in denen sie zu einer Versammlung von Kollegen in den Räumen der Justizpressestelle eingeladen werden. Dort wolle man über 'angebliche' Verfehlungen eines bestimmten Anwalts beraten, heißt es in den nachgeahmten Schreiben, in denen lediglich die Hausnummer im Briefkopf falsch gedruckt wurde (2 anstatt 29). Die Spekulation des SSD ist ziemlich klar zu erkennen: der Untersuchungsausschuß soll bei den Rechtsanwälten in Mißkredit gebracht werden. Einerseits wird es, so rechnet man, Anwälte geben, die diese Einmischung des Untersuchungsausschusses in Angelegenheiten, die ihn nichts angehen, verärgert zurückweisen werden. Andererseits hofft man auf solche Empfänger, die dieser Einladung guten Glaubens folgen und schließlich, nachdem sie vor verschlossenen Türen wieder umkehren mußten, keinem Schreiben des Untersuchungsausschusses mehr trauen werden.